Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 14. Dezember 2010
Ausgabe 239

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Münchner Technologiezentrum ein weltweit führender Wissenschafts-Inkubator 4
› Ergebnisse der Radverkehrsbefragung 2010 5
› Alter Schwerbehinderten-Parkausweis ab Januar 2011 ungültig 6
› Historische Stadtrundgänge: Jugendliche begleiten an Orte des Erinnerns und Gedenkens 6
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 10. bis 13. Dezember 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Fragen zum GDL-Streik und MVG-Verhalten (2) 9

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **16**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch 15. Dezember, 17.45 Uhr, Berlin, Bundeskanzleramt, Galerie
Oberbürgermeister Christian Ude unterzeichnet gemeinsam mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Innenminister Dr. Thomas de Maizière sowie Ministerpräsident Horst Seehofer, Erster Bürgermeister Thomas Schmid, Landrat Georg Grabner, DOSB-Präsident Dr. Thomas Bach, DOSB-Generaldirektor Dr. Michael Vesper sowie Bernhard Schwank, Geschäftsführer der Bewerbungsgesellschaft München 2018, die für die Abgabe der Bewerbungsunterlagen beim IOC notwendigen Garantien und Verträge. Der Garantienband für die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 umfasst 47 Einzelgarantien.

Donnerstag, 16. Dezember, 18.30 Uhr,
Kinder- und Jugendmuseum München (Arnulfstraße 3)
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Weg vom Fleck! – Erforsche das Gehen, Fahren und Fliegen". Des Weiteren sprechen Haimo Liebich (Kinder- und Jugendmuseum München), Konstanze Carreras (Sprecherin Social Responsibility, BMW Group), Hermann Mund (TÜV Süd Stiftung) und Sylvia Hladky (Leiterin Deutsches Museum Verkehrszentrum) sowie zur Ausstellung Jörg Ehtreiber (Leiter des Grazer Kindermuseums FRida&freD). Die Ausstellung und 50 Mitmachstationen beschäftigen sich mit Aspekten der Mobilität, Luft- und Wasserfahrzeugen, Rädern, Raumfahrt und Schienenfahrzeugen. Sie dauert vom 18. Dezember 2010 bis 11. September 2011. Nähere Informationen unter *www.kindermuseum-muenchen.de*.

Freitag, 17. Dezember, 10 Uhr, Rathaus, Zimmer 211
Bürgermeisterin Christine Strobl freut sich über den diesjährigen Erlös aus der jährlich stattfindenden Veranstaltung „S'Münchner Herz" in Höhe von 1.000 Euro. Dieser kommt auch in diesem Jahr dem Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbund zugute und wird im Amtszimmer der Bürgermeisterin übergeben.

Freitag, 17. Dezember, 11 Uhr, Osterwaldstraße 25
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Sedlmayr im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Freitag, 17. Dezember, 19 Uhr, Pfarrkirche St.-Paul, St.-Pauls-Platz 10
Ökumenischer Gottesdienst zum 50. Jahrestag des Flugzeugabsturzes an der St.-Pauls-Kirche mit Prälat Josef Obermaier, Domkapitular, und Barbara Kittelberger, Stadtdekanin. Nach der Gedenkrede von Oberbürgermeister Christian Ude wird der Film „Vier Minuten Flugzeit" von Edwin Bude gezeigt. Anschließend Kranzniederlegung an der Absturzstelle (Gedenktafel Ecke Martin-Greif-/Bayerstraße). Das Flugzeugunglück am 17. Dezember 1960 hatte 52 Todesopfer gefordert.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 21. Dezember, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 21. Dezember, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Goldener Hirsch", Renatastraße 35 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen - Nymphenburg).

Dienstag, 21. Dezember, 19 Uhr,
Taverne „Odyssee", Bad-Kreuther-Straße 8 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Josef Koch statt.

Dienstag, 21. Dezember, 19.30 Uhr, Gaststätte „Gartenstadt",
Naupliastraße 2 (barrierefrei – über Wirtsgarten)
Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing - Harlaching). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Thomas Schwindel statt.

Meldungen

Münchner Technologiezentrum ein weltweit führender Wissenschafts-Inkubator

(14.12.2010) Das Münchner Technologiezentrum (MTZ) gilt schon lange als eines der erfolgreichsten Technologiezentren in Deutschland. Nun hat das MTZ seinen Stellenwert auch international unter Beweis gestellt. Von über 1.000 Inkubatoren wurden bei der Jahreskonferenz des Technopolicy Networks 48 Zentren für eine Preisvergabe nominiert. Das MTZ belegte in der Kategorie „Bester Wissenschafts-Inkubator" den dritten Platz. Ausschlaggebend für die Jury waren, unter anderen Kriterien, das schnelle Wachstum des Zentrums und die Kreativität der Firmen im MTZ.

Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München und Aufsichtsratsvorsitzender der MGH - Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrumsgesellschaft mbH, freut sich sehr über diese Auszeichnung: „Das Münchner Technologiezentrum ist ein wichtiger Baustein der Münchner Wirtschaftsförderung. Existenzgründer und junge, zukunftsorientierte Technologiebetriebe, darunter viele Gründungen aus Hochschulen, erhalten hier optimale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung. Diese Firmen sind es, die das Zukunftspotential für den Hightech- und Wissenschaftsstandort München bilden. Für mich ist diese Auszeichnung eine Bestätigung der Münchner Wirtschaftspolitik."

Über 300 junge Betriebe sind in den vergangenen 16 Jahren im MTZ groß geworden. Mindestens 1.000 Arbeitsplätze haben sie dabei geschaffen. Zurzeit beherbergt das MTZ gut 80 Firmen. Betreiber des MTZ ist die MGH. Sie ist eine Beteiligungsgesellschaft der Landeshauptstadt München, der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und der Handwerkskammer für München und Oberbayern.

Cristina Mann, Leiterin des MTZ, ist stolz über die Auszeichnung durch das Technopolicy Network: „Es zeigt, dass wir in München weiterhin auf dem richtigen Weg sind. Das MTZ sorgt für bezahlbare Flächen, Infrastruktur und Beratung, damit junge, innovative Gründer und Unternehmen die erste schwierige Gründungsphase überstehen. Wir sind stolz darauf, dass wir mit dem MTZ einen Beitrag dazu leisten können, erfolgversprechender Hochtechnologie am Standort München gute Chancen für Wachstum und Erfolg zu bieten."

Die Idee, jungen High-Tech-Gründern in München günstige Mietflächen, Infrastruktur, Beratung und Netzwerke zu bieten, wurde schon vor 16 Jahren mit einem Technologiezentrum am Frankfurter Ring in die Tat umgesetzt. Das neu errichtete MTZ am so genannten M-Campus in Moosach

bietet seit dem Jahr 2008 auf rund 6.000 Quadratmetern Mietfläche modernste Infrastruktur für High-Tech-Gründer. Das umfangreiche Service- und Beratungsangebot reicht von Sekretariats- und Telefonservice, Konferenz- und Seminarräumen bis hin zur Unterstützung bei Messebeteiligungen und Kooperationen mit Hochschulen und Universitäten. Die Nachbarschaft innerhalb des M-Campus fördert branchenübergreifende Kooperationen. Gerade für junge Firmen sind das ideale Startbedingungen.
Ansprechpartnerin für die Presse: Cristina Mann, Leiterin des MTZ, Telefon 32 36 46-16, E-Mail: mann@mtz.de. Ein Bild kann unter der Internetadresse *www.muenchen.de/Rathaus/raw/presse/174606/index.html* heruntergeladen werden.

Ergebnisse der Radverkehrsbefragung 2010

(14.12.2010) Im Herbst hat das Planungsreferat zum zweiten Mal eine Befragung zum Radverkehr durchgeführt. An den fünf Dauerzählstellen für den Radverkehr an der Residenzstraße, der Arnulfstraße, am Joseph-Hörwick-Weg, im Olympiapark und an der Friedenheimer Brücke wurden zwischen 7 Uhr und 19 Uhr insgesamt 705 Interviews geführt.
96 Prozent der Befragten nutzen das Fahrrad mehrmals in der Woche, 82 Prozent radeln auch im Winter. 73 Prozent gaben an, dass man in München gut oder sehr gut Rad fahren kann. Die Hälfte der Befragten war auf dem Weg zur (oder von der) Arbeit. Diese Ergebnisse und die sehr positive Resonanz auf die Befragung zeigen, dass die städtischen Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs erfolgreich sind und von den Radlerinnen und Radlern sehr gut angenommen werden.
Verbesserungsbedarf sehen die Befragten vor allem beim weiteren Ausbau und der Pflege des Radverkehrsnetzes, beim Bike-and-Ride-Angebot und bei den Fahrradabstellplätzen in Büro- und Geschäftsbereichen. Diese Themen werden derzeit durch die Verwaltung im Rahmen der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses „Radverkehr in München“ vom 20. Mai 2009 schwerpunktmäßig vorangetrieben. So erarbeitet die referatsübergreifende Arbeitsgruppe „Engpässe und Netzlücken“ Vorschläge für eine Neugestaltung von Straßenabschnitten zugunsten von Verbesserungen im Radverkehrsnetz an viel befahrenen Straßen, an denen keine Flächen zur Anlage von Radwegen oder Radstreifen zur Verfügung stehen. Dabei sollen jedoch der Fußverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel nicht beeinträchtigt werden. Darüber hinaus wird die Öffnung zahlreicher weiterer Einbahnstraßen vor allem auch in der Altstadt deutliche Verbesserungen im Routennetz bringen. Das Angebot an Fahrradabstellplätzen in Büro- und Geschäftsbereichen soll in den nächsten fünf Jahren durch 2.000 zusätzliche

qualitativ hochwertige Fahrradabstellplätze im Straßenraum deutlich verbessert werden. Lösungen für den Ausbau und die qualitative Verbesserung des Bike-and-Ride-Angebots entwickelt die Arbeitsgruppe „Optimierung von B+R-Anlagen".
Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung führt alle zwei Jahre vergleichbare Radverkehrsbefragungen durch. Sie sind Bestandteil der Gesamtkonzeption zur Datenerhebung im Radverkehr, mit der die Wirkungen der Maßnahmen zur Radverkehrsförderung beobachtet und evaluiert werden. Nähere Informationen unter Telefon 2 33-2 69 37.

Alter Schwerbehinderten-Parkausweis ab Januar 2011 ungültig
(14.12.2010) Die alte Version des Parkausweises für schwerbehinderte Menschen verliert zum Jahresende ihre Gültigkeit. Wer noch einen Parkausweis besitzt, der vor 2001 ausgegeben wurde, sollte daher noch vor Jahresende die neue EU-einheitliche Parkberechtigung für Behinderte beantragen, um eine kostenpflichtige Verwarnung zu vermeiden. Denn wer ohne den EU-Parkausweis oder mit dem alten ungültigen Parkausweis auf ausgewiesenen Behindertenparkplätzen steht, begeht ab 2011 eine Ordnungswidrigkeit und muss mit einem Verwarnungsgeld rechnen.
Voraussetzungen: Schwerbehinderte Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung, beidseitiger Amelie oder Phokomelie oder mit vergleichbaren Funktionseinschränkungen sowie blinde Menschen erhalten auf Antrag eine auf maximal fünf Jahre befristete Ausnahmegenehmigung mit dem EU-einheitlichen Parkausweis. Die Ausnahmegenehmigung (mit Parkausweis) wird durch das Kreisverwaltungsreferat erteilt, wenn die berechtigte Person mit ihrem Hauptwohnsitz in München gemeldet ist. Ansonsten ist die jeweilige Gemeinde des Hauptwohnsitzes zuständig.
Weitere Infos für Ausnahmegenehmigung für Schwerbehinderte sind unter *www.muenchen.de/Rathaus/kvr/strverkehr/parken/schwerbehinderte/345175/10_parkausweise.html* oder *www.muenchen.de/ parken* erhältlich.

Historische Stadtrundgänge: Jugendliche begleiten an Orte des Erinnerns und Gedenkens
(14.12.2010) Am Freitag, 17. Dezember, begleiten Jugendliche Bürgerinnen und Bürger zu den von ihnen ausgewählten Erinnerungsstätten in der Münchner Innenstadt.
Ein Rundgang ist dem übergeordneten Thema „Erinnerung in München" gewidmet und führt von der Feldherrnhalle zum Königsplatz (Treffpunkt: Odeonsplatz,Feldherrnhalle/Treppe).
Mit dem Gedenken an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger Münchens und deren Verfolgung während des NS-Regimes befasst sich der Rund-

gang vom Justizpalast zum St.-Jakobs-Platz (Treffpunkt: Justizpalast, Prielmayrstraße 7, Haupteingang).
Zwei weitere Rundgänge begleiten an Erinnerungsstätten des Widerstands gegen den Nationalsozialismus: Der eine führt von der Viscardigasse zur Universität (Treffpunkt: Feldherrnhalle/Ecke Residenzstraße), der andere durch das Universitätsviertel (Treffpunkt: Ludwig-Maximilians-Universität, Geschwister-Scholl-Platz 1, Haupteingang).
Alle Rundgänge beginnen um 13 Uhr und dauern 60 bis 90 Minuten.
Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist erforderlich unter thomas.rink@muenchen.de oder Telefon 2 33-2 44 34.
Es gibt zahlreiche Erinnerungsorte in München: Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und zur Mahnung an die Verbrechen des Regimes. Nicht alle sind im Stadtbild deutlich sichtbar, an mancher Gedenktafel wird schlicht vorbeigegangen.
Münchner Jugendliche haben sich gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des NS-Dokumentationszentrums mit der Geschichte dieser Orte auseinandergesetzt und vier thematische Stadtrundgänge entwikkelt.
Die Jugendlichen setzen sich bei den Rundgängen mit der Geschichte „hinter" den Orten, aber auch mit der Geschichte der Orte selbst auseinander. Sie erzählen das Schicksal derer, denen die Denkmale gewidmet sind. Zugleich beschäftigen sie sich mit der schwierigen Frage nach dem persönlichen und politischen Umgang mit der NS-Vergangenheit.
Nähere Informationen sind unter *www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de* ersichtlich

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 10. bis 13. Dezember
(14.12.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Freitag, 10. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 758 Fahrzeuge: 553
Streuguteinsatz:
Salz: 702,369 t Splitt: 713,15 t
Kosten des Einsatztages: 529.667,85 Euro
Samstag, 11. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 681 Fahrzeuge: 508
Streuguteinsatz:
Salz: 341,172 t Splitt: 457,95 t
Kosten des Einsatztages: 397.163,23 Euro

Sonntag, 12. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 308 Fahrzeuge: 228
Streuguteinsatz:
Salz: 179,246 t Splitt: 53,29 t
Kosten des Einsatztages: 167.177,96 Euro
Montag, 13. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 864 Fahrzeuge: 682
Streuguteinsatz:
Salz: 974,73 t Splitt: 1.386,33 t
Kosten des Einsatztages: 607.496,75 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 11
Bisherige Einsatztage: 32
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 6.981.841,15 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 14. Dezember 2010

Fragen zum GDL-Streik und MVG-Verhalten (2)
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter, Dr. Evelyne Menges und Richard Quaas (CSU) vom 26.10.2010

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 26.10.2010 hinterfragen Sie abermals den Streik der Gewerkschaft GDL beim SWM/MVG-Betrieb von U-Bahn, Bus und Tram.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/MVG (SWM/MVG) fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Vorbemerkung der SWM/MVG:
Die Einleitung zum Fragenkatalog beinhaltet die Behauptung, die MVG habe vom 30.09. bis 20.10.2010 Verkehrsleistungen nur im Rahmen des sog. Basisnetzes erbracht. Diese Behauptung ist, wie schon mehrfach dargelegt, unzutreffend. Vielmehr wurden in diesem Zeitraum immer alle verfügbaren Fahrer eingesetzt und Leistungen weit über das Basisnetz hinaus erbracht. Im Busbereich war die Leistungserbringung durch den Einsatz von externem Personal an nahezu allen Tagen auf dem Niveau des Normalfahrplans.

Frage 1:
a) Hat die GDL/dbb Tarifunion zu einem unbefristeten Streik ab 24.09.2010 aufgerufen oder wurde der SWM schriftlich mitgeteilt, dass der Streik nicht unbefristet ist?
b) Hat GDL/dbb Tarifunion die Unterbrechung der Streikmaßnahmen für den 28.09.2010 schriftlich mitgeteilt? Wurde gleichzeitig schriftlich mitgeteilt, dass die SWM mittels erneuten Streikaufrufs über erneute Streikmaßnahmen informiert werden würde?
Falls ja, wann hat die SWM diese Mitteilung erhalten?

Antwort der SWM/MVG:
a) Die DBB Tarifunion/GDL hat den SWM am 24.09.2010 den unbefristeten Streik erklärt. Eine anderslautende Mitteilung, insbesondere eine Erklärung, dass der Streik befristet sei, erfolgten nicht.
b) Die DBB Tarifunion/GDL hat am 27.09.2010 um 16.51 Uhr mitgeteilt, dass die Streikmaßnahmen am nächsten Tag, also am 28.09., wegen des Familientags am Oktoberfest ausgesetzt würden. Eine Mitteilung, dass die SWM mittels erneuten Streikaufrufs über erneute Streikmaßnahmen informiert würden, erfolgte nicht.

Frage 2:
a) Wie viele Busfahrer waren am 18.10.2010 arbeitsunfähig erkrankt?
b) Wie viele U-Bahnfahrer waren am 18.10.2010 arbeitsunfähig erkrankt?
c) Wie viele Trambahn-Fahrer waren am 18.10.2010 arbeitsunfähig erkrankt?
d) Wie viele davon sind in der GDL?
e) Wie viele davon sind in ver.di?
f) Wie viele davon sind in der GDÖ?
g) Wie viele davon sind gewerkschaftlich nicht organisiert?
h) Wie war der Krankenstand im Vorjahr, d.h. am 18.10.2009, bezogen auf die in a) bis g) genannten Arbeitnehmergruppen?

Antwort der SWM/MVG:
Am 18.10.2010 betrug der Krankenstand bei: Busfahrer Bhf West 12,9%, Bhf Ost 16,3%, Bus gesamt 14,3%, U-Bahnfahrer 11,9%, Trambahn-Fahrer 8,9%. Aufgrund der Streikhandlungen hatten wir Kenntnis von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft nur bei den in der GDL organisierten, daher streikberechtigten und an Streikhandlungen beteiligten Mitarbeitern im Fahrdienst. Bei diesen betrug der Krankenstand bei: Busfahrer Bhf West 39,3%, Bhf Ost 31,6%, Bus gesamt 36,2%, U-Bahnfahrer 18,6%, Trambahnfahrer 9,4%.

Der 18.10.2010 war der erste Werktag nach Aussetzen des Streiks, an dem der Krankenstand eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorzeitraum aufwies. Deshalb wurde auch bereits an diesem Tag entschieden, zum Normalfahrplan zurückzukehren. Da hierfür ein Umsetzungsvorlauf von 2 Tagen erforderlich ist, war eine Realisierung frühestens zum 20.10.2010 möglich. Dies ist auch so erfolgt.

Im davor liegenden Zeitraum war eine Rückkehr zum Normalfahrplan aufgrund der Krankenstände definitiv unmöglich, weil es dabei zu erheblichen

Fahrtausfällen auch im Innenstadtbereich mit der wahrscheinlichen Folge eines weitgehenden Zusammenbruchs der Verkehrsbedienung und der Notwendigkeit von partiellen Schließungen des U-Bahnsystems gekommen wäre. Das Konzept des Basisnetzes plus Ergänzung entsprechend Personalverfügbarkeit hat hingegen erfolgreich dafür gesorgt, dass trotz des massiven Personalausfalls der Betrieb immer aufrechterhalten und insbesondere die Bewältigung der hohen Fahrgastmengen im Zentrumsbereich ermöglicht wurde.

Zum Vergleich beispielsweise die Krankenstände von zwei Werktagen der Vorwoche:

11.10. (Montag)
Busfahrer Bhf West 15,3%, Bhf Ost 13,9%, Busfahrer gesamt 14,7%, U-Bahn 12,9%, Tram 15,3%; GDL-Mitglieder: Busfahrer Bhf West 38,1%, Bhf Ost 9,1%, Bus gesamt 23,3%, U-Bahnfahrer 15,2%, Trambahnfahrer 16,3%

15.10. (Freitag)
Busfahrer Bhf West 14,0%, Bhf Ost 15,4%, Bus gesamt 14,6%, U-Bahn 12,3%, Tram 10,6%; GDL-Mitglieder: Busfahrer Bhf West 46,4%, Bhf Ost 27,8%, Bus gesamt 39,1%,
U-Bahnfahrer 17,2%, Trambahnfahrer 12,7%

Am 18.10.2009 hatten wir folgende Krankenstände: Bus 9,4%, U-Bahnfahrer 13,0%, Tram 12,0%. Der 18.10.2009 war im Übrigen ein Sonntag und ist schon deshalb mit den vorgenannten Zahlen des Jahres 2010 nicht vergleichbar. Gewerkschaftsmitgliedschaften waren uns 2009 noch nicht bekannt, folglich ist auch eine diesbezügliche Differenzierung des Krankenstands nicht möglich.

Frage 3:

a) Wie viele Fahrer, die bis 29.09.2010 Spätdienst gefahren haben, wurden im Basisplan für den Frühdienst eingeteilt?
b) Wie viele geteilte Dienste (Unterbrechung mehr als 2 Stunden) wurden am 29.09.2010 gefahren?
c) Wie viele geteilte Dienste (Dienstunterbrechung über 2 Stunden) wurden pro Tag in der Zeit vom 30.09. bis 20.10.2010 gefahren?

Antwort der SWM/MVG:
Bekanntlich erfolgte die Konzeption des Basisnetzes ursprünglich mit dem Ziel, den Kunden während der Dauer des unbefristeten Streiks ein Grundangebot kommunizieren zu können, das ausschließlich von nicht der GDL angehörigen und daher zuverlässig einsatzbereiten, weil nicht streikberechtigten und streikwilligen Fahrern bedient wird und deshalb zuverlässig zu betreiben ist. Es wurde so aufgebaut, dass vor allem im Zentrum der Stadt trotz der Reduzierung ausreichende Kapazitäten für die Bedienung der dortigen Nachfrage und somit der Aufrechterhaltung des Betriebs zur Verfügung stehen. Nicht streikende bzw. nicht streikwillige GDL-Fahrer wurden zur Auffüllung dieses Netzes herangezogen. Dadurch lag das tatsächliche Angebot ausnahmslos über dem Basisangebot, wenn auch – je nach Personalverfügbarkeit – in unterschiedlichem Umfang. Voraussetzung war natürlich die Schaffung und Inkraftsetzung getrennter Dienstpläne für GDL-Fahrer und nicht-GDL-Fahrer. Dies hatte logischerweise Dienst- und Schichtänderungen für die Fahrer zur Folge – und zwar keineswegs nur für solche, die der GDL angehörten. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei einer einheitlichen Dienstplanmasse, wie wir sie normalerweise je Betriebszweig bzw. Betriebshof haben, die Wünsche und Präferenzen der Fahrer eher Berücksichtigung finden können als bei einer geteilten (und daher jeweils kleineren) Dienstplanmasse. Die Beantwortung der Detailfragen zu einzelnen Betriebstagen würde einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern, den wir auf absehbare Zeit nicht leisten können, schon weil nun die in den letzten Wochen weit über das normale Maß hinaus beanspruchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter z.B. in der Personaldisposition bereits mit der Vorbereitung des Fahrplanwechsels befasst sind und zu Recht erwarten können, dass wir sie ausschließlich mit den betriebsnotwendigen Arbeiten beschäftigen.

Frage 4:
Gab es Planungen für eine Aussperrung? Wenn ja, wie sahen diese aus?

Antwort der SWM/MVG:
Die mit einer Aussperrung zusammenhängenden Fragen und Voraussetzungen wurden generell für alle betroffenen Verkehrsunternehmen vom KAV bearbeitet, der auch über Aussperrung entschieden hätte.

Frage 5:
Wurden seit dem 10.09.2010 wegen der Arbeitskampfmaßnahmen der GDL/dbb tu Leiharbeitnehmer bzw. Arbeitnehmer aus sonstigen Unternehmen/Betrieben eingesetzt? Falls ja,

a) Wie viele betriebsfremde Arbeitnehmer kamen zum Einsatz?
b) Wann und in welchem stundenmäßigen Umfang kamen sie zum Einsatz?
c) In welchen Bereichen (Bus, U-Bahn, Straßenbahn, Werkstatt etc.)?
d) Aus welchen Unternehmen/Betrieben stammen diese Arbeitnehmer?
e) Was wurde für den Einsatz dieser Arbeitnehmer an die einzelnen Unternehmen bezahlt?
f) Wie hoch waren die Kosten für den Einsatz insgesamt?
g) Hatte jeder dieser Fahrer die erforderlichen Fahrberechtigungen für das Streckennetz in München?
h) Hat der entsendende Betriebsrat dem Einsatz zugestimmt?
i) Wir bitten zusätzlich um Beantwortung der Fragen a) bis h) bezogen auf die Zeit der Geltung des Basisnetzes (30.09. bis 20.10.2010).

Antwort der SWM/MVG:
Die Fragestellungen würden teilweise einen massiven Erhebungsaufwand erfordern, teilweise werden vertrauliche Betriebsdaten, auch anderer Unternehmen, abgefragt. Wir beantworten daher zusammengefasst:

Zum Einsatz kamen in unterschiedlichem Umfang a) zusätzliche angemietete Fahrleistungen im Busbereich von privaten Partnerunternehmen, b) angemietete Leihfahrer im Busbereich von einem Personaldienstleister und c) angemietete Busfahrer von anderen kommunalen Verkehrsunternehmen. Selbstverständlich verfügten alle über die einschlägigen Fahrtberechtigungen. Sie wurden vor ihrem Einsatz jeweils auf einzelnen Busstrecken eingewiesen und dann ausschließlich auf diesen Strecken eingesetzt. Hierdurch konnten Fahrer der SWM für andere Dienste eingeteilt werden, insbesondere auch die sog. Kombifahrer (mit Fahrtberechtigung auch für Schienenverkehrsmittel der SWM/MVG) vollständig für Dienste im Schienenverkehr eingesetzt werden. Ferner wurden während des Oktoberfestes zusätzliche Sicherheitskräfte aus Hamburg angemietet, die nach Einweisung Sicherheitsdienste am Bahnsteig leisteten, wodurch wiederum hierfür ursprünglich eingeteilte fahrdienstberechtigte SWM-Mitarbeiter für Fahrleistungen freigesetzt werden konnten. Soweit Mitarbeiter anderer Unternehmen im Einsatz waren, erfolgte die Entsendung durch das jeweilige Unternehmen und nicht durch den Betriebsrat, wie in der Fragestellung unterstellt. Die hierfür in den Unternehmen bestehenden Regularien sind uns nicht bekannt und liegen auch nicht in unserer Verantwortung.

Frage 6:

a) Gab es Kündigungen von Abo-Kunden im Zusammenhang mit dem Basisnetz? Falls ja, in welchem Umfang?
b) Ist der Fahrkartenverkauf insgesamt seit Einführung des Basisnetzes bis zu dessen Ende am 20.10.2010 zurückgegangen? Falls ja, in welchem Umfang?
c) Gab es Kürzungen öffentlicher Mittel aufgrund des Basisnetzes? Falls ja, in welchem Umfang und durch welche Geldgeber?
d) Inwiefern trifft die reduzierte Inanspruchnahme der SWM-Ressourcen das Verhältnis MVG zu SWM dergestalt, dass die MVG weniger an die SWM bezahlen muss?

Antwort der SWM/MVG:

Auswirkungen auf den Umsatz sind gegenwärtig noch nicht zu beziffern, da die aggregierten Einnahmenmeldungen im Verbundsystem erst mit einigen Monaten Verzögerung vorliegen und dann noch hinsichtlich aperiodischer Sondereinflüsse (z.B. im Ausbildungsverkehr) bereinigt werden müssen. Öffentliche Mittel erhält die MVG nur in Form der Ausgleichszahlungen im Ausbildungsverkehr nach § 45a PBefG sowie für die Schwerbehindertenfreifahrt. Mindereinnahmen könnten sich beim erstgenannten Anspruch dann ergeben, wenn der Umsatz bei den Ausbildungstarifen rückläufig gewesen wäre. Das ist, wie dargestellt, gegenwärtig noch nicht zu beurteilen. Die Frage der Aufwandsentwicklung während der Phase eingeschränkter Betriebsleistung insgesamt und des SWM-Anteils daran lässt sich gegenwärtig ebenfalls noch nicht beurteilen, da noch nicht alle einschlägigen Aufwendungen bzw. Aufwandsänderungen erfasst sind.

Ergänzende Antwort des Referats für Arbeit und Wirtschaft:

Die Finanzierung der Nachtlinien durch die Landeshauptstadt München erfolgt nach der tatsächlich erbrachten Leistung.

Frage 7:

a) Warum ist die SWM bislang nicht zu Verhandlungen mit GDL/dbb bereit?
b) Ist keine der Forderungen der GDL/dbb tu verhandlungsfähig?
c) Falls nein, warum?
d) Wie hoch wären die überschlägigen Kosten für die SWM bei tarifvertraglichen Vereinbarungen der GDL/dbb tu Forderungen
   1) zu a)
   2) zu b)
   3) zu c)

Antwort der SWM/MVG:
Die Fragesteller unterstellen, das die SWM Verhandlungspartner dieser Tarifauseinandersetzung gewesen wäre. Das ist unzutreffend; Verhandlungspartner war der kommunale Arbeitgeberverband Bayerns KAV. Richtig ist, dass wir natürlich die Forderungen, deren Finanzierung mit einem Zusatzaufwand von rund 6 Mio Euro p.a. (über den Tarifabschluss mit ver.di hinaus) für den Bereich der MVG durch zusätzliche Fahrpreiserhöhungen hätte erfolgen müssen, bewertet und kommentiert haben. Dies erfolgte in zahlreichen Presseinformationen und -veröffentlichungen, auf die wir verweisen.

Frage 8:
Warum lehnt die SWM einen Schlichter ab?

Antwort der SWM/MVG:
Auch zu dieser Frage hatte sich richtigerweise der KAV geäußert; SWM und MVG waren und sind nicht Tarifpartner, sondern Tarifanwender.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 14. Dezember 2010

Konferenz „100 Jahre Frauenrechte in München“
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Ulrike Boesser, Haimo Liebich, Bettina Messinger, Alexander Reissl, Monika Renner und Regina Salzmann (SPD)

Kulturfreikarte für Münchner Erstsemester
Antrag Stadtrats-Mitglieder Richard Quaas, Ursula Sabathil und Josef Schmid (CSU)

Die neuen Genehmigungsbedingungen für Waldkindergärten im Stadtrat vorstellen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Parkplatzsituation an der Thalkirchner Straße
Anfrage Stadträte Dr. Jörg Hoffmann und Dr. Michael Mattar (FDP)

Eine „Wucherbande“ aus Ex-Jugoslawien – nur die Spitze eines Eisbergs?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Monika Renner
Stadträtin
Dr. Ingrid Anker
Stadträtin
Dr. Reinhard Bauer
Stadtrat
Ulrike Boesser
Stadträtin

Haimo Liebich
Stadtrat
Bettina Messinger
Stadträtin
Alexander Reissl
Stadtrat
Regina Salzmann
Stadträtin

München, 14.12.2010
Frauenrechte_100_Jahre

Konferenz „100 Jahre Frauenrechte in München“

Antrag:

Die Stadt führt eine Konferenz zum Jahrestag „100 Jahre Frauenrechte in München“ durch.
Schwerpunkt soll die soziale und gesellschaftliche Situation von Münchner Frauen heute sein, Themen etwa die gesellschaftliche Akzeptanz, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Anteil von Frauen in Führungsebenen. Die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangen 100 Jahre im Kampf der Frauen um gleiche Rechte sollten am Beispiel Münchens aufgezeigt werden.

Begründung:

Am 19. März 1911 fanden international Demonstrationen für Frauenrechte statt. Dem vorausgegangen war ein langer Kampf der Frauenbewegung, der bereits im 18. Jahrhundert begann. Schon während der Französischen Revolution verfasste Olympe de Gouges die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“. 1904 gründete sich in Berlin der Weltbund für das Frauenstimmrecht. Die sozialistischen Frauen waren in der Fraueninternationale vereinigt und der 1.Sozialistische Frauen-Kongress fand 1907 in Stuttgart mit Clara Zetkin statt.

In München gründete die Frauenrechtlerin Anita Augspurg zusammen mit ihren Gefährtinnen Marie Stritt, Lily von Gizycki, Minna Cauer und Sophia Goudstikker den „Verein für Frauenstimmrecht“. Das Fotografenstudio „Hofatelier Elvira“ in der Von-der-Tann-Strasse war das erste Frauenunternehmen Deutschlands. Augspurg und ihre

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Lebensgefährtin Lida Gustava Heymann engagierten sich in vielfacher Weise für die Rechte der Frauen. München war neben Berlin ein wichtiger Ausgangspunkt für die historische deutsche Frauenbewegung. Viele der damaligen Forderungen sind mittlerweile in Recht umgesetzt. Allerdings ist gerade in heutigen Tagen erneut die Debatte um Feminismus und Quote zwischen Befürworterinnen und Gegnerinnen heftig aufgeflammt. Insofern ist es wichtig, ein lebendiges Diskussions-Forum über Frauenrechte zu schaffen.

Monika Renner	Haimo Liebich
Stadträtin	Stadtrat
Dr. Ingrid Anker	Bettina Messinger
Stadträtin	Stadträtin
Dr. Reinhard Bauer	Alexander Reissl
Stadtrat	Stadtrat
Ulrike Boesser	Regina Salzmann
Stadträtin	Stadträtin

Josef Schmid **Richard Quaas** **Ursula Sabathil**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
14.12.10

Kulturfreikarte für Münchner Erstsemester

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Alle Studentinnen und Studenten, die ihr Studium an einer Münchner Hochschule bzw. Universität beginnen, erhalten von Oktober bis Dezember des jeweiligen ersten Studienjahres Freikarten für die klassischen kulturellen Einrichtungen (Theater, Orchester, Museen) der Landeshauptstadt München.
2. Der Oberbürgermeister setzt sich bei der Staatsregierung dafür ein, dass sich auch die kulturellen Einrichtungen des Freistaates in München daran beteiligen.
3. Der Oberbürgermeister fordert die von der Stadt geförderten und bezuschussten Kultureinrichtungen in privater Trägerschaft auf, sich ebenfalls an dem Projekt zu beteiligen.

Begründung:
In der Freien und Hansestadt Hamburg wurde seitens der Studentenschaft ein solches Projekt initiiert und vom Senat der Stadt mitgetragen. Mittlerweile wird dieses Angebot, insbesondere von Studentinnen und Studenten, die neu in der Stadt sind, sehr interessiert und erfolgreich angenommen.
Diese positive Resonanz ist ein gutes Beispiel und sollte auch in München genutzt werden, um den jungen Menschen einen Anreiz zu bieten, auch das Kulturangebot Münchens kennen zu lernen, um es dann in Zukunft zu nutzen.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de www.wzim.de

Dr. Georg Kronawitter **Beatrix Burkhardt**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
14.12.10

Die neuen Genehmigungsbedingungen für Waldkindergärten im Stadtrat vorstellen

Der Stadtrat möge beschließen:
Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Genehmigungsvoraussetzungen für Waldkindergärten, insbesondere aus baurechtlicher Sicht, im Verwaltungsvollzug der Stadt München verlangt werden und welche Konsequenzen sich für die bestehenden Münchner Waldkindergärten ergeben.

Begründung:
Im Münchner Osten erregte der Fall eines Waldkindergartens in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit, dem wegen einer unerwartet von der LBK festgestellten Gefährdung des als Lager und Unterstand dienender Bauwagen durch die umstehenden Bäume die Genehmigung für die Benutzung dieses Wagens unverzüglich entzogen worden war.

Man kann sich vorstellen, dass der ehrenamtlich tätige Vorstand des Trägervereins ziemlich geschockt war und sich auf die Suche nach einem Ersatzstandort machen musste. Erfreulicherweise zeigten sich dabei die verschiedenen involvierten städtischen Dienststellen (LBK, Sozialreferat, städtische Forstverwaltung) sehr kooperativ.

Dennoch sind die Änderungen im Verwaltungsvollzug so abrupt, dass eine klare öffentliche Aussage zu den Genehmigungsvoraussetzungen unter besonderer Berücksichtigung, dass sich die Kinder ja bestimmungsgemäß überwiegend im Wald aufhalten sollen, angemessen ist.

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

gez.
Beatrix Burkhardt
Stadträtin

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de www.wzim.de

Dr. Michael Mattar - Dr. Jörg Hoffmann
MITGLIEDER IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

14.12.2010

Schriftliche Anfrage
Parkplatzsituation an der Thalkirchner Straße

Die Parkplatzsituation rund um die Bezirkssportanlage und das Kletterzentrum des Deutschen Alpenvereins an der Thalkirchner Straße ist seit langem problematisch. Der Parkdruck ist enorm und droht weiter zuzunehmen durch die Erweiterung der Kletteranlage von 5.200 qm auf 7.800 qm.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Wie viele zusätzliche Parkplätze muss der Alpenverein für die Erweiterung der Kletteranlage errichten?

2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Parkmöglichkeiten der Anwohner zu verbessern? Wird dabei auch in Betracht gezogen, die Parklizenzzone über den Dietramszeller Platz hinaus auszudehnen?

gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Jörg Hoffmann
stellv. Fraktionsvorsitzender

FDP-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Telefon: 233 92644, 233 92645
E-Mail: fdp@muenchen.de

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
14.12.2010

Eine „Wucherbande“ aus Ex-Jugoslawien – nur die Spitze eines Eisbergs?

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete dieser Tage über einen besonders schweren Fall von bandenmäßiger räuberischer Erpressung – dabei hätten die mutmaßlichen Täter, die alle aus dem früheren Jugoslawien stammen, seit 2003 (!) insgesamt 40 Landsleute mit Wuchergeschäften geschädigt und dabei auch vor roher Gewalt, Einschüchterung und psychischem Terror nicht zurückgeschreckt (nach: „Wucherbande verlangt Zinsen bis zu 30 Prozent“, SZ, 07.12.2010). Der Fall bietet eine grelle Momentaufnahme aus dem kriminellen Zuwanderermilieu in der bayerischen Landeshauptstadt und gibt Anlaß zu weiteren Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Warum konnte die genannte Bande, die – laut SZ – „Angst und Schrecken unter ihren Landsleuten in München verbreitet“ hat, seit 2003 ihr Unwesen treiben? Meldete sich kein Geschädigter bei der Polizei, oder hatten die Ermittler keine Spur?

2. In dem SZ-Bericht ist von weiteren Bandenmitgliedern die Rede, die nach wie vor ihre Wuchergeschäfte „treiben sollen“ – von welchem Personenpotential insgesamt geht die Münchner Polizei aus, das derzeit in München bandenmäßiger räuberischer Erpressung nachgeht?

3. Wie entwickelten sich die Deliktzahlen im Bereich der bandenmäßigen räuberischen Erpressung in München seit 2005?

4. Wie viele Tatverdächtige hatten in diesem Zeitraum
   - einen „Migrationshintergrund“?
   - keinen „Migrationshintergrund“?

Auf welche ethnischen Gruppen verteilten sich die Tatverdächtigen mit „Migrationshintergrund“ im nachgefragten Zeitraum?

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, E-Mail: karl.richter@web.de I www.auslaenderstopp-muenchen.de

5. In welchen Deliktsparten tritt bandenmäßige Kriminalität mit ethnischem Hintergrund in München besonders stark in Erscheinung (z.B. Menschenhandel, Kfz-Hehlerei, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung etc. – bitte für besonders aussagekräftige Deliktsparten Fallzahlen seit 2005 angeben!)?

6. Was kann/könnte aus Sicht der Polizei getan werden, um Verbrechens- oder Bedrohungsopfern innerhalb bestimmter landsmannschaftlicher Zusammenhänge wirksamer helfen zu können? Fehlt es ggf. an Ermittlungspersonal mit muttersprachlichem Hintergrund?

Karl Richter
Stadtrat